3Y8324

HH53.12
HH54.2

Ulrich Blumenroth

Deutsche Wohnungspolitik seit der Reichsgründung

- Darstellung und kritische Würdigung -

3Y 8324

Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen
und zur Raumplanung

Band 25

Herausgeber:

Werner ERNST und Rainer THOSS

D 6

Neue Folge der Reihen:
Sonderdrucke des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen
Sonderveröffentlichungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen
Beiträge zur Raumplanung, hrsg. vom Zentralinstitut
für Raumplanung

Vorwort

Die hohe Wohnungsproduktion der vergangenen Jahre hat zur Beseitigung des jahrzehntelangen Nachfrageüberhangs am Wohnungsmarkt geführt. Es bestehen bei der Wohnungsversorgung zwar noch verschiedene qualitative Probleme, ein Wohnungsdefizit ist aber rein rechnerisch heute nicht mehr vorhanden.

In dieser Situation stellt sich erneut und verstärkt die Frage nach der künftigen Ausgestaltung der Wohnungspolitik, die vielfach noch von der ehemaligen Knappheitslage am Wohnungsmarkt geprägt ist. Es ist daher zu begrüßen, daß sich die vorliegende Untersuchung eingehend mit der Frage nach der anzustrebenden wohnungspolitischen Konzeption befaßt und zudem die bisher betriebenen Maßnahmen des wohnungswirtschaftlichen Interventionismus einer kritischen Analyse unterzieht.

Die Ergebnisse der Untersuchung widerlegen die weitverbreiteten, historisch scheinbar gesicherten Auffassungen über die liberale Epoche der Wohnungswirtschaft und verdeutlichen die Anwendbarkeit und Zweckmäßigkeit einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung. Die Ausführungen zeigen aber auch, daß zur Sicherstellung einer wirtschaftlich effizienten und sozial befriedigenden Wohnungsversorgung staatliche Aktivitäten und Eingriffe unverzichtbar sind, und daß der Staat dieser Aufgabe seit dem Ersten Weltkrieg weitgehend nachgekommen ist.

Auch im Namen des Verfassers möchte ich an dieser Stelle der Gesellschaft zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswesens Münster meinen besonderen Dank für die finanzielle Unterstützung der Drucklegung aussprechen.

Münster, in Mai 1975

Prof. Dr. Rainer Thoss
Direktor des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen Münster

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einführung:
Zielsetzung, Abgrenzung und Gang der Untersuchung . . 17

A Zielsetzung und Abgrenzung 17

B Aufbau der Arbeit 20

1. Teil:
Für und wider eine aktive Wohnungspolitik 23

A Anforderungen an eine Wohnungsversorgung 23

B Empirische Erfahrungen und theoretische Einsichten 29

I. Liberale Epoche in der Wohnungswirtschaft in Deutschland - Darstellung und Erkenntnisse . . 29

1. Politische und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen 29

1.1 Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur 29

1.2 Vorherrschen einer liberalen Staats- und Gesellschaftsauffassung 34

2. Wohnungspolitische Abstinenz des Staates als Ausfluß der Ausgangsbedingungen 38

2.1 Ungesteuerte Wohnungswirtschaft 38

2.2 Privatwirtschaftliche Deckung des Wohnungsbedarfs 46

2.21 Spekulativer Wohnungsbau 46

2.211 System der spekulativen Wohnungsproduktion 46

2.212 Finanzierung und Mißstände . 54

Seite

2.22 Kleinwohnungsbau 69

2.221 Träger der Kleinwohnungsproduktion 69

2.222 Finanzielle Förderung . . . 72

2.3 Beurteilung der Effizienz der ungesteuerten Wohnungswirtschaft in historischer Sicht 80

2.31 Quantitative und qualitative Aspekte der Wohnungsversorgung 80

2.32 Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse 95

II. Theoretische Analyse 103

1. Gesteuerte Wohnungswirtschaft als Alternative zur ungesteuerten Wohnungswirtschaft . . 103

1.1 Zweckmäßigkeit einer gesteuerten Marktwirtschaft 103

1.2 Anwendbarkeit des marktwirtschaftlichen Prinzips in der Wohnungswirtschaft . . 113

2. Probleme und Aufgaben der Wohnungspolitik in einer gesteuerten Wohnungswirtschaft . . . 119

2.1 Bedeutung und Problematik wohnungspolitischer Aktivitäten des Staates 119

2.2 Aufgaben staatlicher Wohnungspolitik . 126

2.21 Erhaltung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der die Wohnungsversorgung mitbestimmenden Märkte 126

2.22 Wahrung sozialer Belange 139

2.221 Sicherstellung eines Mindestmaßes an Wohnungsversorgung 139

2.222 Erfüllung städtebaulicher und infrastruktureller Erfordernisse 152

Seite

2. Teil

Staatliche Wohnungspolitik im Rahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik seit dem Ersten Weltkrieg 159

A Auswirkungen des Ersten Weltkrieges als Anstoß zu einer aktiven Wohnungspolitik des Staates . . . 159

I. Einfluß der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse auf das Wohnungswesen 159

II. Grundzüge der eingeleiteten Wohnungspolitik des Staates 165

B Wohnungspolitik zwischen den beiden Weltkriegen . 175

I. Erhaltung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der die Wohnungsversorgung mitbestimmenden Märkte 175

1. Quantitative und qualitative Verbesserung der Kreditversorgung 175

1.1 Wettbewerbsintensivierung im Bereich der kurz- und mittelfristigen Baufinanzierung 175

1.2 Bereich der Dauerfinanzierung 182

1.21 Emission von Schuldverschreibungen mit Sonderausstattung 182

1.22 Heranziehung von Auslandskapital . 188

1.23 Förderung der Bausparbewegung . . . 194

2. Abschwächung des Kostenauftriebs im Bauwesen 202

3. Beeinflussung der Angebotsstruktur auf Wohnungsteilmärkten 208

II. Wohnungspolitische Maßnahmen zur Wahrung sozialer Belange 221

1. Erfüllung städtebaulicher und infrastruktureller Erfordernisse 222

Seite

2. Sicherstellung der Wohnungsversorgung . . . 232

2.1 Lösung der Wohnungsversorgungsprobleme spezieller Bevölkerungskreise 232

2.2 Verbesserung der allgemeinen Wohnungsversorgungslage 247

2.21 Notwendigkeit eines verstärkten Eingreifens des Staates 247

2.22 Kapitalsubventionen als vorherrschendes Förderungsinstrument vom Kriegsende bis zur Weltwirtschaftskrise 253

2.23 Förderungsmaßnahmen von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 263

2.231 Merkmale und Tendenzen . . . 263

2.232 Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudebestandes 273

2.233 Wohnungs- und Siedlungsneubau 281

2.2331 Eingeschränkter Einsatz von Kapitalsubventionen 281

2.2332 Dominierende Stellung indirekter Subventionen 291

2.234 Bekämpfung kriegsbedingten Wohnungsmangels 303

III. Quantitative und qualitative Ergebnisse der Wohnungspolitik 309

C Wohnungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg . . . 321

I. Politische und wirtschaftliche Ausgangssituation 321

II. Wohnungspolitische Maßnahmen zur Wahrung sozialer Belange 326

Seite

1. Sicherstellung der Wohnungsversorgung . . . 326

1.1 Staatliche Wohnungspolitik als Reaktion auf die bestehenden Verhältnisse . . . 326

1.11 Notwendigkeit verstärkter wohnungspolitischer Aktivitäten 326

1.12 Grundzüge und Ziele der staatlichen Wohnungspolitik 335

1.2 Verbesserung der allgemeinen Wohnungsversorgungslage 344

1.21 Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues 344

1.22 Förderung der Instandsetzung und Modernisierung des Wohnungsbestandes 356

1.3 Lösung der Wohnungsversorgungsprobleme spezieller Bevölkerungskreise 362

1.31 Wohnungsfürsorge mittels Objektsubventionen 362

1.32 Wachsende Bedeutung der Individualförderung 367

2. Erfüllung städtebaulicher und infrastruktureller Erfordernisse 371

III. Erhaltung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der die Wohnungsversorgung mitbestimmenden Märkte 379

1. Erleichterung der Kreditversorgung 379

1.1 Begünstigung der Kapitalbildung für den Wohnungsbau 379

1.2 Erweiterung des Kreditangebots im Bereich der kurz- und mittelfristigen Baufinanzierung 387

2. Erleichterung der Baulandbeschaffung und -erschließung 392

3. Bemühungen um verstärkte Rationalisierung und Industrialisierung in der Bauwirtschaft 394

Seite

IV. Quantitative und qualitative Ergebnisse der Wohnungspolitik 398

D Rückschau und Ausblick 407

Literaturverzeichnis I

Anhang: Veröffentlichungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen und des Zentralinstituts für Raumplanung

Verzeichnis der Tabellen im Text

Tabelle 1: Anteil leerstehender Wohnungen am Wohnungsbestand in 29 deutschen Städten 1890 - 1916 S. 83

Tabelle 2: Index der Geldentwertung in Deutschland 1913, 1921 - 1923, S. 182

Tabelle 3: Entwicklung der Bau-, Baustoff- und Verbraucherpreisindices in Deutschland 1924 - 1930, S. 202

Tabelle 4: Größe der den Prüfungsverbänden angeschlossenen Wohnungsunternehmen unterschiedlicher Rechtsform nach Wohnbesitz in Deutschland (v.H.), S. 214

Tabelle 5: Die Finanzierung des Wohnungsbaues nach ihren Quellen in Deutschland 1924 bis 1939 S. 272

Tabelle 6: Der Roh- und Reinzugang an Wohnungen in Deutschland 1919 - 1939, S. 311

Tabelle 7: Anteil öffentlich geförderter Wohnungen und der Bauherren an den Wohnungsfertigstellungen in Deutschland 1927 bis 1939, S. 313

Tabelle 8: Entwicklung der von der Deutschen Bau- und Bodenbank verwalteten Reichs- und Treuhandmittel 1927 - 1943 (in 1000 RM), S. 317

Tabelle 9: Wohnungsdefizit oder -überschuß im Bundesgebiet 1950, 1956, 1962, 1968, S. 329

Tabelle 10: Volumen und Struktur der Ersparnis vor Vermögensübertragung in der Bundesrepublik 1950 - 1970, S. 333

Tabelle 11: Art der Förderung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in der Bundesrepublik 1957 bis 1970, S. 346

Tabelle 12: Die Finanzierung des Wohnungsbaues nach ihren Quellen in der Bundesrepublik 1950 bis 1971, S. 353

Einführung: Zielsetzung, Abgrenzung und Gang der Untersuchung

A Zielsetzung und Abgrenzung

Veränderungen in der quantitativen und qualitativen Wohnungsversorgung der Bevölkerung in Deutschland und in anderen Industrieländern sind in den letzten Jahrzehnten nicht nur das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung und sich wandelnder Lebens- und Wohnansprüche gewesen, sondern in mehr oder minder starkem Maße auch die Folge staatlicher Wohnungspolitik. Die weitgehende Einflußnahme des Staates in die Wohnungswirtschaft, die in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg zu verzeichnen ist, kann den Eindruck entstehen lassen, daß die Wohnungswirtschaft generell einer der wesentlichen Interventionsbereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein muß. Diese vielfach vertretene Auffassung bedarf insbesondere einer kritischen Überprüfung, seitdem bei der Wohnungsversorgung der globale quantitative Ausgleich zwischen der Zahl der Haushalte und der Zahl der Wohnungen erreicht ist und kein akuter Wohnungsmangel mehr besteht.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es nun, erstens zu analysieren, ob und inwieweit die Wohnungswirtschaft aufgrund der besonderen Gegebenheiten der unmittelbaren Verantwortung des Staates zu unterstehen hat und mithin eine aktive Wohnungspolitik erforderlich ist.

Zweitens soll auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse die seit dem Ersten Weltkrieg betriebene Wohnungspolitik einer eingehenden Analyse unterzogen werden. Diese Aufgaben der Untersuchung sind nicht allein von theoretischem und historischem Interesse; die Ergebnisse können vielmehr auch einen Beitrag zur Ausrichtung und Ausgestaltung der praktischen Wohnungspolitik liefern. Diesbezügliche Aussagen können jedoch nur zutreffend gemacht werden, wenn gleichgeartete Verhältnisse und Bedingungen vorliegen und untersucht werden. Deshalb sollen aufgrund der derzeitigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur die Ausführungen über die Wohnungspolitik auf industrielle Gesellschaften, in Deutschland somit auf die letzten hundert Jahre abgestellt werden. Im übrigen soll der Begriff Wohnungspolitik in vorliegender Untersuchung weit gefaßt werden und die Maßnahmen des Staates umfassen, die sich auf die wohnliche Unterbringung der Bevölkerung sowie auf die Siedlungs- und Stadtumwelt beziehen[1]. Es soll so erreicht werden, daß das breite Spektrum staatlicher Wohnungspolitik in allen relevanten Sektoren gebührend berücksichtigt wird.

Die Auseinandersetzung mit der Frage nach Notwendigkeit und Umfang staatlicher Wohnungspolitik, worauf die Untersuchung erstens abzielt, soll zunächst auf der Grundlage empirischer Erfahrungen mit dem Bauliberalismus, d.h. mit der vom Staat weitgehend unbeeinflußten und

1 Zur begrifflichen Abgrenzung siehe F. Lütge, Wohnungswirtschaft. Eine systematische Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Wohnungswirtschaft. Zweite, völlig überarb. und stark erw. Aufl., Stuttgart 1949, S. 22; Art. Wohnungspolitik (J. Fischer-Dieskau). Handwörterbuch des Städtebaues Wohnungs- und Siedlungswesens. Hrsg. H. Wandersleb, Bd. 3, Stuttgart 1959, S. 1750 ff. (Dieses Handwörterbuch wird im folgenden mit HdStWuS abgekürzt). Im Gegensatz zu Fischer-Dieskau wird in dieser Arbeit die weitere Fassung des Begriffs "Wohnungspolitik" vertreten, da die Stadtumwelt die Wohnverhältnisse wesentlich beeinflußt.

ungesteuerten Wohnungsmarktwirtschaft vor 1914, erfolgen. Zum besseren Verständnis und zur Beseitigung vorhandener Informationslücken soll die liberale Epoche dabei hinsichtlich Erscheinungsformen, Auswirkungen und Begleiterscheinungen umfassend dargestellt werden. Das erscheint umso wichtiger, als in der Politik, insbesondere auch der Wohnungspolitik bei weitreichenden Entscheidungen vielfach auf historische Beispiele und Erfahrungen zurückgegriffen wird und dieses auch im Falle des Bauliberalismus geschieht. Dem Wissen und den Kenntnissen über diese Epoche der Wohnungswirtschaft, die vielfach als Beweis für die mangelnde Zweckmäßigkeit einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung angeführt wird, kommt daher besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grunde und wegen der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Volkswirtschaft heute, die in der Wohnungswirtschaft nur teilweise und zögernd verwirklicht wurde, sollen die empirischen Ergebnisse durch eine theoretische Analyse überprüft und ergänzt werden. Es wird dabei aufzuzeigen sein, auf welchem Wege eine wirtschaftlich effiziente und sozial befriedigende, den Erfordernissen in einer industriellen Gesellschaft entsprechende Wohnungsversorgung erreicht werden kann.

Die Darstellung der wohnungspolitischen Entwicklung in Deutschland und deren Ergebnisse, worin die zweite Untersuchungsaufgabe besteht, soll sich räumlich auf die ehemaligen Grenzen des Deutschen Reichs und für den Zeitraum nach 1945 auf die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland erstrecken. In sachlicher Hinsicht konzentrieren sich die Ausführungen vor allem auf die wohnungspolitischen Aktivitäten des Reiches bzw. des Bundes. Dieses Vorgehen ist gerechtfertigt, da die genannten Gebietskörperschaften zumindest den Rahmen der wesent-

lichen Gesetze und der Wohnungsbauförderung geregelt haben, und zudem ist es auch zweckmäßig. In dieser Untersuchung kann es nämlich nicht um eine detaillierte Analyse sämtlicher, sondern nur der gesamtwirtschaftlich bedeutungsvollen Maßnahmen des Staates gehen, die die wohnungspolitischen Entwicklungstendenzen und Schwerpunkte zum Ausdruck bringen. Aufgezeigt werden soll auch die verwaltungsmäßige Durchführung der Wohnungspolitik. Das bietet sich an, da das Reich bzw. der Bund sich hierzu zumeist eines unter ihrem Einfluß stehenden Kreditinstituts, nämlich der Deutschen Bau- und Bodenbank, bedienten. An den Tätigkeiten der Bank, auf die jeweils bei der Darstellung der wohnungspolitischen Maßnahmen eingegangen werden soll, lassen sich somit die Vielfalt der wohnungspolitischen Aktivitäten und die angewandten instrumentalen Vorgehensweisen erkennen.

B Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Untersuchung gliedert sich entsprechend der Aufgabenstellung in zwei Hauptteile. Im ersten Teil werden unter Berücksichtigung der Anforderungen, die aufgrund der Bedeutung der Wohnverhältnisse in industriellen Gesellschaften an die Wohnungsversorgung zu stellen sind, Für und Wider einer aktiven Wohnungspolitik erörtert. Nach Darstellung der wohnungsmäßigen Erfordernisse im Abschnitt A wird im Abschnitt B die wohnungswirtschaftliche Entwicklung vor 1914 behandelt und hierauf aufbauend werden die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der ungesteuerten, sich weitgehend selbst überlassenen Wohnungsmarktwirtschaft überprüft und hinsichtlich der gestellten gesellschaftlichen Forderungen beurteilt. Ausgehend von den mannigfachen Bestrebungen der sogenannten Wohnungsreformer wird die Frage nach der anzustrebenden Ausrichtung und Ausgestaltung der Wohnungspolitik untersucht. Es werden die in Betracht kommenden Ordnungsalternativen dargestellt. Da aus gesellschaftspolitischen Gründen dem marktwirtschaftlichen Prinzip auch in der Wohnungswirtschaft Vorrang bei der Gestaltung des Wirtschaftsablaufs eingeräumt wird, konzentriert sich in diesem Zusammenhang die Untersuchung darauf, aufzuzeigen, wie die der Marktwirtschaft immanenten Mängel durch eine adäquate Wohnungspolitik des Staates behoben werden können.

In dem sich hieran anschließenden zweiten Hauptteil werden im Abschnitt A zunächst die sozial- und staatspolitischen Ursachen dargelegt, die den Übergang zu einer bis heute fortgesetzten aktiven Wohnungspolitik bewirkten. In den folgenden Abschnitten B und C wird darauf eingegangen, in welchem Ausmaß, mit welchen Methoden und mit welchem Erfolg der Staat den abgeleiteten Aufgaben der Wohnungspolitik nachgekommen ist. Die Einteilung der wohnungspolitischen Entwicklung in die Zwischenkriegszeit und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erwies sich dabei infolge der durch den Weltkrieg bewirkten politischen, räumlichen und wirtschaftlichen Veränderungen als sinnvoll. Innerhalb der zwei Zeiträume soll die Darstellung der wohnungspolitischen Aktivitäten des Staates nicht chronologisch, sondern thematisch, entsprechend den im ersten Untersuchungsteil erarbeiteten Aufgabenbereichen der Wohnungspolitik erfolgen. Durch diese Art der Darstellung, die jedoch Verweise und Wiederholungen bedingt, können Entwicklungsschwerpunkte deutlich aufgezeigt werden.

In der Schlußbetrachtung unter Abschnitt D wird erörtert, welche Gemeinsamkeiten sich in der Entwicklung der Wohnungspolitik trotz des geschichtlichen Wandels feststellen lassen. Zudem werden die Folgerungen aufgezeigt, die sich für die Wohnungspolitik aufgrund der bisherigen Konzeption und der veränderten Wohnungsmarktlage ergeben.

2. Jahrbücher, Dokumentationen, Statistiken

Beiträge zur Wohnungsfrage während des Krieges. 14. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte. Berlin 1917

Bericht der Bundesregierung über die Untersuchung der Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe und über eine Einlagensicherung. Drucksache des Deutschen Bundestages, V/3500, vom 18. November 1968

Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung. Reichstagsdrucksache Nr. 3777, Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 420, Berlin 1928

Denkschrift über Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens seit 1914. Reichstagsdrucksache Nr. 3472. Verhandlungen des Reichtags. I. Wahlperiode 1920, Band 371, Berlin 1924

Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten bei Neubauten in Groß-Berlin in den Jahren 1909 bis 1911, bearbeitet von H. Höpker, Berlin 1914. Zitiert bei: Art. Bauschwindel, (A. Schwarz) HdW. Jena 1930

Deutsche Wohnstättenbank. Aktien-Gesellschaft (Hrsg.)
Denkschrift über die Durchführung der Beamten-Siedlungs-Verordnung. Berlin 1925

GAGFAH 1918 - 1968. Eine Dokumantation. Hamburg, o.J.

Hauptverband Deutscher Wohnungsunternehmen (Baugenossenschaften und -gesellschaften e.V. (Hrsg.)
Deutscher Bauvereins-Kalender, Jg. 1935, Jg. 1936, Jg. 1937, Jg. 1938.

Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.) Reichsarbeitsblatt XIV. Jg. (1916). Sonderbeilage zu Nr. 6, Berlin 1916

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1962, Mai 1972

Reichsverband des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens e.V. (Hrsg.) Jahrbuch des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens. Ein Leistungsbericht für das Jahr 1938. Berlin 1939

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 57. Jg. 1938, Berlin 1938; 58. Jg. 1939/40, Berlin 1940

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, JG., 1966, Jg. 1969, Jg. 1972

Statistisches Reichsamt (Hrsg.)
Die Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern im Deutschen Reich nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 nebst einer Darstellung über die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land und Übersichten über die Wohn- und ortsanwesende Bevölkerung der Länder und Verwaltungsbezirke. Sonderhefte zu Wirtschaft und Statistik, 6. Jg., Sonderheft 3, Berlin 1926

Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1969, o.O.,o.J.

3. Sonstige Veröffentlichungen

Eine amerikanische Anleihe für den Wohnungsbau."Zeitschrift für Wohnungswesen", Berlin 26. Bd (1928), S. 44

Das Schicksal einer Sonderförderungsmaßnahme. Warum die Aktion "Junge Familie" eingestellt wurde. "Bundesbaublatt 19. Jg. (1970), S. 53

Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft, Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Aktiengesellschaft (Hrsg.), Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft im Jahre ..... Verschiedene Jahrgänge (zitiert als Bauwirtschaftsberichte)

Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Fragen des Wohnungsbaues 1939/40, Berlin 1940; 1940, Berlin 1941; 1941, Berlin 1942

Deutsche Bau- und Bodenbank AG (Hrsg.), Geschäftsberichte. Verschiedene Jahrgänge

Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft (Hrsg.) 30 Jahre im Dienste der Bau- und Wohnungswirtschaft, o.O., o.J.

Deutsche Bau- und Bodenbank AG (Hrsg.) Überblick über Wohnungsbau-Städtebau - Wohnungswirtschaft im Jahre 1971

Die Deutsche Bau- und Bodenbank AG. als zentrales Bankinstitut der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. "Zeitschrift für Wohnungswesen", Berlin, 32 Bd. (1934), S. 46-48

Die letzten "schwarzen" Kreise. "Bundesbaublatt", 16. Jg. (1967), S. 2

Der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik im Jahre 1970. "Bundesbaublatt", 20. Jg. (1971), S. 339-344

Deutsche Bau und Bodenbank. Geschichte und Aufgabe. In: Deutsche Bau- und Bodenbank. Zehn Jahre Rechenzentrum, S. 5 - 8 .

Vetter, Ernst-Günther, Winterbau durch Tarifvertrag, "Frankfurter Allgemeine Zeitung", Nr. 54, vom 4.3.1972, S. 17

Sanierung der Wohnungsunternehmen im Sudentengau."Siedlung und Wirtschaft", Berlin 23. Jg. (1941), S. 204

Swyter, Hans-Heinrich, Baukosten sparen - Wer ist dafür zuständig?"Frankfurter Allgemeine Zeitung", Nr. 237 v. 11.10.1968, S. 18

Volksumsiedlung. "Siedlung und Wirtschaft", Berlin, 22. Jg. (1940), S. 3 f.

Wohnungsbau. Es bröckelt. "Der Spiegel", Hamburg, 23. Jg. (1969) Nr. 6, S. 38 - 63